

Bezugs-Preis

In Leipzig und Umgegend durch einen...
Preis 1,20 M. monatlich...
Einzelverkaufspreis...

Anzeigen-Preis

Die Zeitschrift auf dem...
Preis 1,20 M. monatlich...
Einzelverkaufspreis...

Leipziger Tageblatt

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 327.

Sonntag, den 27. November 1910.

104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

- * Im Reichstage wurde am Sonnabend die sozialdemokratische Interpellation über die Kaiserreden...
* Im Beisein des Kaisers wurde am Sonnabend in Beuthen das Denkmal Friedrichs des Großen eingeweiht.
* Die Hausbesitzer Deutschlands hielten am Sonnabend in Berlin eine Protestversammlung...

Die Kaiser-Interpellation.

Alle Kreise und Strömungen, die einem mehr oder minder scharfen Antisemitismus zustreben, sind dem Abgeordneten Ledebour, dem Begründer der sozialdemokratischen Interpellation über die jüngsten Kaiserreden zu tiefem Danke verpflichtet. Es ist nicht nötig, zur Begründung dieses Satzes auch nur einen größeren Teil seiner taktischen Vorbehalten zu reproduzieren...

In dieser Weise haben weder der Reichskanzler noch die Konservativen ihrer Vergangenheit und dem politisch Notwendigen ins Gesicht geschlagen. Herr von Bethmann wie Herr von Herzogbrand haben beide zwar jedes offene Bekenntnis zu den Novembererrungenschaften vermieden, aber beide haben es (Bismarck) nicht ein Irrtum unterlaufen als existierend und verbindlich anerkannt...

Freilich von hier bis zum Standpunkt, den die Redner der bürgerlichen Linken, wirksamste Baßermann und in vorzüglicher Rede von Payer, einnahmen, bleibt ein bedauerlich weiter Schritt. Das unumwundene, das freudige Bekenntnis zu dem großen Schritt vorwärts, den wir im November 1908 getan haben, hier hörten wir es. Es ist schlimm, daß nur die bürgerliche Linke zu dieser Höhe des Standpunktes emporgehoben ist; eine Höhe des Standpunktes, die für alle politische Faktoren des Deutschen Reichs das Selbstverständliche sein sollte...

Herr von Heeringen lenktein!

Nach dem Gutachten des Straßburger Universitätsprofessors Laband, das in der 'Voll. Ztg.' veröffentlicht wurde, ist der Verkauf des Tempelhofer Feldes ohne Genehmigung des Reiches durch die beteiligten Körperschaften des Deutschen Reiches gänzlich ungültig. Die Ansicht wurde von der 'Nordd. Allg. Ztg.' ziemlich barsch bestritten. Inzwischen scheint man sich aber in Regierungskreisen doch von der Unhaltbarkeit des eigenen Standpunktes und von der Richtigkeit der Gedankengänge Labands überzeugt zu haben...

kannten Rede vor Sr. Majestät dem Kaiser die Frage der Eingemeindung des Tempelhofer Feldes. Kaum zwei Wochen später äußerte sich der Oberbürgermeister Dr. Kretschmer einem Vertreter des Kriegsministeriums gegenüber die Berührung dieser Frage in der Rede des Bürgermeisters Dr. Reide sei ihm überaus dankbar gekommen. Im Interesse von Berlin läge wohl die Eingemeindung von ganz Tempelhof, nicht aber von einzelnen Teilen. Auf einen Verkauf des Tempelhofer Feldes würde sich Berlin aber auch nach der Eingemeindung jedenfalls nicht einlassen, weil die Stadt zu schlechte Erfahrungen mit dem Scheunenviertel gemacht habe...

Inzwischen drängte Tempelhof wiederholt auf Abklärung des Vertrages, und Anfang Juli trat eine Privatgesellschaft wegen der Bezeichnung der Verhandlungen von ihrem Angebot zurück. Die Stadt Berlin hat nun ein Angebot von 70 Millionen erhalten, das es anscheinend bereit ist zu akzeptieren. Die Stadt Berlin hat nun ein Angebot von 70 Millionen erhalten, das es anscheinend bereit ist zu akzeptieren...

Die Einweihung des Denkmals Friedrich des Großen in Beuthen.

Anlässlich der Ankunft des Kaisers zur Enthüllung des Denkmals Friedrich des Großen in Beuthen hatte die Stadt Beuthen Festmusik angelegt. Auf dem Kaiserplatz waren große Tribünen und ein Parquet für den Kaiser errichtet worden. Das Denkmal ist von Tuailen in Berlin entworfen. Die Mittel wurden zur Hälfte von der Stadt gegeben, zur Hälfte vom Stadtrat zu Beuthen, der unlängst verstorben ist. Zahlreiche Fremde waren in Beuthen eingetroffen, besonders aus den ländlichen Distrikten und von jenseits der Grenze...

Der Kaiser traf 12 Uhr mittags von Reudel kommend auf dem Festplatz vor dem Denkmal ein. Auf dem Festplatz hatten sich eingeladen: Oberpräsident Günther, Regierungspräsident von Scherwin, Oberbürgermeister Bruening, der zweite Bürgermeister Friedrich, Landrat Dr. Trappenberg, die Spitzen der Behörden, Fürst Haffeldt von Trachenberg, der württembergische Gesandte Barnhäuser, Regierungspräsident von Meißner, Vertreter der Stadt, die Geistlichkeit, Offiziere des Kurfürstentums u. a. Die Fahnen sämtlicher Vereine Beuthens waren in einer Gruppe gegenüber dem Denkmal vereinigt. Der Kaiser durchfuhr die Straßen langsam im offenen Automobil, von dem Jubel der ungeheuren vielwachenfüßigen Menge begleitet. Auf dem Festplatz wurde der Kaiser vom Oberbürgermeister empfangen und schritt zunächst die Treppe der Ehrenkompanie ab. Oberbürgermeister Dr. Bruening leitete dann mit einer Ansprache den großen Feldherrn, der Schließen als stolze Teile in die Krone Preußens einfügte, und den weissen Staatsmann, der in der Lande den Samen staatlicher Ordnung und wirtschaftlicher Blüte ausstreute und dessen volkswirtschaftliches Talent sich am glänzendsten darin zeigte, daß er die Bedeutung der damals noch völlig unbewohnten Steinstele erkannte und damit den Grundstein zu der unerschütterlichen Entwicklung des oberdeutschen Industriegebietes legte...

Broche mit den kaiserlichen Initialen. Nachdem der Kaiser sich noch in das goldene Buch der Stadt Beuthen, welches im Zeit auslag, eingetragen hatte, nahm er den Vorbeimarsch der Ehrenkompanie entgegen. Weitere Kränze wurden darauf am Denkmal niedergelegt. Der Kaiser verließ dem Oberbürgermeister das Recht zum Tragen der goldenen Amtskette, dem zweiten Bürgermeister den roten Adlerorden 4. Klasse. Um 1 Uhr verließ der Kaiser, vom Oberbürgermeister zur Bahn geleitet, mittels Sonderzuges ab, um dem Herzog von Ratibor in Rauden einen Besuch zu machen. Der Kaiser sprach dem Oberbürgermeister gegenüber seinen herzlichsten Dank für den glänzenden Empfang durch die Stadt aus.

Die Hausbesitzer Deutschlands und die Reichswertzuwachssteuer.

Eine Protestversammlung der Hausbesitzer Deutschlands gegen die Reichswertzuwachssteuer wurde am Sonnabend nachmittag unter großer Beteiligung von Hausbesitzern aus allen Teilen des Deutschen Reiches im Circus Schumann in Berlin abgehalten. Der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands, Justizrat Dr. Baumert-Spanbau, begrüßte die Anwesenden und erteilte Johann das Wort dem Vertreter des Staatssekretärs des Reichsfinanzamtes, Regierungsrat Cunow. Der Redner wurde zwar mit Händeklatschen empfangen, blieb jedoch mit seinen ersten Worten, daß die einmütige Annahme einer Resolution zugunsten der Steuer seitens des Reichstages mehr wie alle Proteste auf einen so elementaren Widerspruch, der in wüsten Schreien und tosenden Lärm ausartete, daß Herr Cunow sich unterbrechen mußte, bis die Herren Dr. Baumert und Hubert Barzowski, der Vorsitzende des Berliner Hausbesitzerverbandes, dem Regierungsvorsteher mit Mühe und Not einiges Gehör verschafften. Dr. Baumert erwähnte in seiner Rede um Ruhe, daß Geheimrat Cunow ihm versprochen habe, nicht näher auf die Sache einzugehen (Beifall). Dr. Cunow vollendete seine Ansprache mit dem Hinweis, daß eine sachliche Erörterung der Angelegenheit der wohlwollenden Prüfung der Staatsregierung sicher sein dürfe. Auf diese Weise wurde der Zentralverband politische Arbeit leisten, um die Abstellung des Deutschen Reiches zu wahren und zu heben. Die letzten Ausführungen des Geheimrats gingen in dem sich wieder erhebenden Lärm unter. Als erster Redner bekannte sich Prof. Dr. Adolf Weber (Bonn) und vornherein als einen überzeugten Gegner dieser neuen Steuer lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, während er aus Gerechtigkeitsempfinden sich wohl damit befremden könne. Mit sehr wenigen Ausnahmen seien die deutschen nationalökonomischen Gelehrten Gegner der Reichswertzuwachssteuer, sowohl in der Form der Regierung als auch der Kommissionsvorlage. Eine Besserung des wirklich unbedeutenden Wertzuwachses sei ja etwas Wunderliches, aber Adolf Wagner habe nicht genug betont, daß eine an sich ganz richtige Idee durch die Art ihrer Ausgestaltung zu einer schrecklichen Ungerechtigkeit werden könne, und dies treffe ganz besonders bei der projektierten Steuer zu. Heute müsse der Regierung klipp und klar gesagt werden, daß das Projekt der Steuer nicht verbesserungsfähig, auch nicht verbesserungsbefähigt sei. Eine Wertzuwachskonfession im Sinne der Bodenreformer werde auch als Kommissionssteuer ein volkswirtschaftlich schädliches, ein Chaos von Angelegenheiten sein. Die Steuer würde unsere Volkswirtschaft unendlich viel mehr schädigen, als die dem Hofes zuleistenden Millionen ihr nützen können. (Beifall). Justizrat Dr. Baumert, der Vorsitzende, teilte mit, daß alle diejenigen, die im Circus Schumann nicht mehr Einlog gefunden hatten, eine zweite Versammlung in den Germania-Hallen, Chausseestraße, zur selben Zeit abhalten. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß nachstehende Resolution zur Annahme vorgeschlagen werde: Die heute in Berlin versammelten Hausbesitzer Deutschlands legen entschieden Protest ein gegen die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer als einer weiteren Sondersteuer aus den deutschen Haus- und Grundbesitz. Sie erwarten, daß der Reichstag sie ablehnt. Abgesehen von allen den Hausbesitz treffenden Schädigungen vermindert sie die Staatstätigkeit, verteuert die Mieten, trifft nicht das Großkapital, ist mittelstandsfeindlich und wirkt unsozial. Ihr Ertrag wird in Rücksicht auf ihre Erhebungskosten und die Verminderung der Umfassungsteuer so gut wie Null sein. Nach weiteren Ansprüchen von Justizrat Weitzum und Prof. Boigt wurde die Resolution angenommen.

Die Kandidatur Liebert im Kreise Borna-Pegau.

Aus Sachsen schreibt man der 'Koll. Corr.' in Berlin: Durch die Blätter geht die Nachricht, daß im Wahlkreise Borna-Pegau Herr Generalleutnant v. Liebert als Kandidat der vereinigten Konservativen und Reformen wieder aufgestellt sei, daß man aber noch den Beitritt der Nationalliberalen zu dieser Kandidatur erwarte. Man empfindet es in Sachsen als ein wenig unglücklich, daß diese in Sachsen als die Nationalliberalen des dortigen Kreises aufgestellt werden kann, nachdem sich erst vor kurzem konservative Blätter darauf berufen konnten, daß Herr von Liebert, der sich abweisend bei Behauptungen nicht erst mit Kleinigkeiten abgibt, festgestellt hätte, daß alles, was die liberale Presse zur Reichsmantelreform und über die gefährlichen hätte, 'erhalten und erlangen' gewesen wäre. Herr von Liebert hat ferner erst vor kurzem auf einem konservativen Parteitag im Reichen die Verträge, dort den Nationalliberalen zu verdrängen, freudig unterstützt. Niemand vermehrt ihm diese parteipolitische

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.